Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10 158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 39 — Olpe, Freitag, den 15. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Wahlkampf und Versailler Vertrag.

Von Abg. **Andre, Stuttgart.**

Das Ziel des kommenden Wahlkampfes muß sein, einen Reichstag zu stande zu bringen, der den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht wird. Was uns nottut, das ist eine richtige außenpolitische Einstellung der breitesten Volksmassen. Alle Maßnahmen auf wirtschaftlichem und steuerpolitischem Gebiet führen nicht zum Ziel, wenn nicht das Reparationsproblem eine für Deutschland erträgliche Lösung erfährt, und die Wunde an Rhein und Ruhr ausgeheilt wird. Die Schuld an der deutschen Not immer nur auf die deutsche Regierung und die Regierungsparteien abladen zu wollen, führt zu einer heillosen und volksschädlichen Verwirrung der Köpfe, indem weite Volkskreise den Blick darüber verlieren, wo der eigentliche Feind steht. Unter der furchtbaren feindlichen Bedrückung sollte endlich das Trennende mehr zurück und das Einigende mehr in den Vordergrund der Erörterung gestellt werden. Der Kampf gegen die Unmöglichkeiten des Versailler Vertrages und die feindliche Bedrückung muß zur Aufgabe aller Parteien gemacht werden. Bei jedem anderen Volke wäre das eine Selbstverständlichkeit, nur die Deutschen lieben es, unter dem Hohngelächter der Feinde sich selbst die Fensterscheiben einzuschlagen.

Wie liegen denn die Verhältnisse?

1. Deutschland hat durch den Krieg die Arbeitskraft von gegen 2 Millionen gefunden Männern verloren, 3 Millionen Kriegsbeschädigte sind nur noch in beschränkten Umfange arbeitsfähig. Die uns abgenommenen Werte und Gebiete repräsentieren eine solche Wirtschaftskraft, daß sie der jährlichen Arbeitsleistung von 4 Millionen männlichen Arbeitskräfte gleichkommt. Diese Verluste treffen das ganze deutsche Volk; die Konsequenz daraus muß sein, daß wir auf allen Gebieten wirtschaftlicher Betätigung zu einer Produktionssteigerung kommen.

2. Deutschlands Verarmung und Not ist weiter begründet in dem tatsächlichen Verlust ganz bedeutsamer Wirtschaftsgebiete im Osten und Westen unseres Vaterlandes. Diese Verluste haben leider manche Kreise unseres Volkes schon wieder vergessen. Mit den abgetretenen Gebieten verloren wir 5 580 000 Menschen und ca. 13 Prozent des deutschen Grund und Bodens. Weitere 15einhalb Millionen Deutsche schmachten unter dem Druck der fremden Besatzung. Im unbesetzten Deutschland sollten diese Verhältnisse vielmehr beachtet werden, sie enthalten weitgehend den Schlüssel für die große deutsche Not. Das deutsche Volk darf den Verlust seiner **Kolonien** nicht vergessen. Deutschland hat durch die Tat bewiesen, daß es fähig ist, als Kolonisator tätig zu sein. Die Kolonien wurden uns in einem Zeitpunkt entrissen, wo sie anfingen, von größter wirtschaftlicher Bedeutung für das deutsche Mutterland zu werden. Deutschland kann und darf aber nicht für alle Zeit von der kolonialen Betätigung ausgeschaltet bleiben.

3. Die **finanzielle Belastung** Deutschlands durch den Friedensvertrag und das Londoner Ultimatum hat sich als untragbar erwiesen. Hierüber hat schon die deutsche Friedensabordnung in Versailles ihr Urteil gefällt, als sie erklärte:

„Deutschland ist nicht mehr ein Volk und nicht mehr ein Staat, sondern eine Handelsfirma, die von ihren Gläubigern unter Konkursverwaltung gestellt wird, ohne daß ihr auch nur die Möglichkeit gegeben würde, den Beweis zu geben, ihren Verpflichtungen freiwillig nachzukommen. Der Wiedergutmachungsausschuß, der außerhalb Deutschland thront, wird in Deutschland unvergleichlich größere Rechte besitzen, als ein deutscher Kaiser jemals gehabt hat."

Dieses Urteil ist durch die Entwicklung der Verhältnisse bestätigt worden.

4. **Die wirtschaftlichen Bestimmungen** des Versailler Vertrages bedeuten praktisch die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland mit anderen Mitteln. Es sei nur erinnert an die Verkehrspolitischen Verhältnisse, an die Internationalisierung der deutschen Ströme, die Regiebahnen im besetzten Gebiet, die Wegnahme der deutschen Handelsflotte, die Beschlagnahme des deutschen Eigentums im Auslande, die Meistbegünstigung auf handelspolitischem Gebiet, welche die 27 Siegerstaaten sich gesichert haben und die Deutschland zum wehrlosen Ausbeutungsobjekt macht. Dasselbe gilt hinsichtlich der privatrechtlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags, die deutlich zeigen, daß der Wirtschaftskrieg auch in der Friedenszeit fortgesetzt werden soll. Deutschlands führende Wirtschaftskreise würden dem deutschen Volke in Stadt und Land einen besseren Dienst leisten, wenn sie mehr den Kampf gegen diese Bestimmungen führen würden, als nur kritisierend oder ablehnend hinter diesen oder jenen aus der Not der Zeit herausgeborenen Maßnahmen der Reichsregierung herzulaufen. Der Feind der deutschen Wirtschaft sitzt heute noch in dem uns vielfach feindlich gesinnten Auslande.

5. **Die Wehrlosmachung Deutschlands ist nicht das Werk der deutschen Republik, sondern der deutschen Feindstaaten. Der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske sagte seiner Zeit:**

„Aus der Geschichte ist mir kein 2. Fall bekannt, in dem ein großes Volk in ähnlicher Weise wehrlos gemacht wurde und obendrein die Kosten die Durchführung seiner Entwürdigung auferlegt hielt."

So ist es! Die 12jährige Dienstpflicht in der Reichswehr hat jeden ausgesprochenen Zweck zu erreichen, daß möglichst wenig junge Leute durch die Schule des Waffenhandwerks hindurchgehen sollen. Die deutsche Jugend muß für diese Bestimmungen des Versailler Vertrages besonders Verständnis aufbringen, indem sie außerhalb der Kasernenhöfe körperliche und geistig-seelisch Ertüchtigung pflegt. Angesichts der fortdauernden Demütigungen, Vergewaltigungen und Nackenschläge, die ein unbarmherziger Gegner dem deutschen Volke versetzt, müßte unsere Jugend geradezu national entwürdigt sein, wenn sie sich nicht der Worte in Schillers „Wilhelm Tell" erinnern wollte:

„Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht,
wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
wenn unerträglich wird die Last, greift er
hinauf getrosten Mutes in den Himmel
und holt herunter seine ewige Rechte,
die droben hangen unveräußerlich
und unzerbrechlich wie die Sterne selbst
der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
wo Mensch dem Menschen gegenüberseht
zum letzten Mittel, wenn kein anderes mehr
verfangen will, ist ihm sein Schwert gegeben,
der Güter höchstes dürfen wir verteidigen
gegen Gewalt, wir stehen für unser Land,
wir stehn für unsere Weiber, für unsere Kinder."

Jawohl! Wir stehen für unser Land; das ist nicht unser Recht, sondern auch unsere nationale und sittliche Pflicht. Dabei braucht man gar nicht an einen Revanche-Krieg zu denken.. Das Ausland aber soll es wissen, welche Volksstimmung die Bedrückungen des deutschen Volkes zuletzt auslösen müssen.

6. Der Feind hat die **Rechtsgrundlagen**, auf denen der Friedensvertrag aufgebaut werden sollte, von vorneherein selbst zerstört. Der Engländer Keynes sagte hierüber:

„Der Krieg, der angeblich zum Schutze der Heiligkeit völkerrechtlicher Verträge geführt worden war, endete mit einem offenen Bruch eines derdenkbar heiligsten solcher Verträge durch die siegreichen Vorkämpfer der Vertragsidee."

Wir dürfen in Deutschland die Tatsache, daß der **Waffenstillstand** nur bedingterweise abgeschlossen worden ist, ebensowenig aus der öffentlichen Diskussion verschwinden lassen, wie das schreiende Unrecht, das in der Besetzung des Ruhrgebietes uns zugefügt worden ist. Ebenso ist es notwendig, immer wieder zu betonen, wie im französischen Rachegeist, in der russischen Eroberungssucht, und im englischen Handelsneid die tiefsten Ursachen für den Weltkrieg überhaupt zu erblicken sind. Deshalb vermehrter Kampf gegen die **Kriegsschuldlüge**. Präsident Wilson sagte am 26. Okt. 1916 in Chicinnati: „Niemand weiß woraus der gegenwärtige Weltkrieg entstanden ist; keine einzige Tatsache hat ihn hervorgerufen, sondern alle Dinge im allgemeinen. Und **Lloyd George** sprach am 22. Dezember 1920 in Birmingham aus: „Je mehr man die Bücher über die Vorgeschichte des Krieges liest, desto deutlicher wird es, daß keiner der führenden Männer den Krieg gewollt hat, man ist vielmehr in diesen hinein geglitten, hinein gestolpert, hinein getorkelt". Inzwischen sind ja besonders in letzter Zeit bedeutsame amerikanische Stimmen laut geworden, die offen ausgesprochen haben, daß der Krieg von **Frankreich und Rußland** planmäßig vorbereitet und absichtlich herbeigeführt worden ist.

Deshalb sollten **alle Parteien den Wahlkampf nach großem außenpolitischen Gesichtspunkt führen.** Das deutsche Volk muß endlich eine richtige außenpolitische Einstellung finden. Nicht Standes- oder Berufsfragen allein, nicht Arbeitszeit und Kartellpolitik, nicht Wohnungszwangswirtschaft und Hypothekenaufwertung und ähnliche Dinge mehr sollten die Grundeinstellung zum Wahlkampf abgeben, sondern die Fragen: **Wie erlangt das deutsche Volk seine politische Freiheit wieder? Wie werden wir das Unrecht des Versailler Vertrages los?** Es ist der Vertrag, der durch Betrug unter Nichteinhaltung gegebener Versprechungen zustande kam, der ein Groß-Deutschland verhindert, der undurchführbar und unmöglich ist. Erst durch einen Vertrag, der auf den Grundlagen wahrer Gerechtigkeit beruht, wird Deutschland frei und Europa und die Welt wieder gesund werden. Deshalb gilt es, alles an die Erhaltung der nationalen Ehre zu setzen, das deutsche Volk endlich zu einer lebendigen Volksgemeinschaft zusammenzuschließen und im Wahlkampf das Einigende in den Vordergrund der Erörterungen zu rücken. Damit dienen wir Volk und Vaterland und schaffen die Grundlagen, um auch unser Volk in der Zukunft aus den innerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen.

Vor Aufhebung des Ausnahmezustandes

Neue Sanktionen für Pirmasens.

Die englische Unterhausdebatte.

Vor Aufhebung des Ausnahmezustandes.

WTB **Berlin**, 14. Februar.

Der Chef der Heeresleitung, **General von Seeckt**, hat an den **Reichspräsidenten Ebert ein Schreiben gerichtet, in dem er seiner Ansicht Ausdruck gibt, daß die Autorität wieder so befestigt sei, daß der Ausnahmezustand aufgehoben werden könne.**

Reichspräsident Ebert ist dieser Auffassung beigetreten und gibt in einem Schreiben an General von Seeckt bekannt, daß er in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler beabsichtige, die Verordnung über den Ausnahmezustand am 1. 3. 23 aufzuheben. Gleichzeitig dankt er dem General für die unter selbstloser Einsetzung seiner Person durchgeführte Aufgabe.

Die Sanktionen für Pirmasens.

WTB **Paris**, 15. Februar.

Havas meldet aus Koblenz, die Rheinlandkommission habe anläßlich der Ereignisse in Pirmasens folgende Sanktionen ergriffen:

1. Die Rheinlandkommission hat einstimmig den **Belagerungszustand über Pirmasens und die umliegenden Ortschaften** beschlossen.

2. Die Rheinlandkommission hat einstimmig die **Auflösung der nationalistischen Vereine in Pirmasens** beschlossen.

3. Die **Urheber des Aufruhrs werden vor ein Kriegsgericht gestellt.**

4. **Der Verkehr in der Nacht ist verboten.**

5. **Der Verkehr auf den Rheinbrücken in der Pfalz ist verboten.**

6. **Die Landespolizei wird dem Befehl der Militärbehörden unterstellt.**

19 Tote in Pirmasens.

Nach den neuesten Feststellungen über den Verlauf der Kämpfe beträgt die Zahl der **Toten 19**, davon **16 Separatisten und 3 Bürger von Pirmasens (eine Frau, 1 Fabrikarbeiter, 1 Arzt.) Außerdem liegen im Krankenhaus 2 Separatisten und 20 Bürger von Pirmasens**, die zum Teil schwer verwundet sind. Die Pirmasenser Zeitung wurde auf unbestimmte Zeit verboten.

Ruhe nach dem Sturm.

WTB **Pirmasens**, 14. Februar.

In der **Stadt herricht Ruhe.** Die Nacht ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Von den im Krankenhaus liegenden Schwerverwundeten sind noch 2 Separatisten und 1 Einwohner gestorben. Drei schweben in Lebensgefahr. In den übrigen Gebieten der Pfalz herrscht überall Ruhe.

Der Druck der Separatisten auf die Presse.

Dem Verlag der Speyerer Zeitung wurde gestern der Befehl erteilt, **ein Flugblatt zu drucken.** Um sich diesem Zwang nicht fügen zu müssen, hat die Speyerer Zeitung heute ihren Betrieb geschlossen.

Die Separatisten haben gestern abend den Rest der gestern erschienenen Tagesausgabe der Pfälzer Zeitung beschlagnahmt.

Ein interalliierter Sonderausschuß für die Pfalz.

WTB Brüssel, 14. Febr. Die Agence Belge meldet aus Koblenz: Mit Rücksicht auf die ernste Lage in der Pfalz hat die **Rheinlandskommission einen aus einem Franzosen, einem Belgier und einem Engländer bestehenden Sonderausschuß beauftragt, sich in die Pfalz zu begeben, um die zur Wiederherstellung der Ordnung nötigen Maßnahmen zu erwägen und zu treffen. Dieser Ausschuß solle gleichzeitig zwecks Erfüllung seiner Aufgabe mit dem pfälzischen Kreistag und dem militärischen Oberkommando in Verbindung bleiben.**

Ruhiger Verlauf der kommunistischen Kundgebungen im Reich.

Die für gestern vorgesehenen kommunistischen Kundgebungen, bei denen die Knechte Moskaus mal wieder eine große Generalprobe abhalten wollten und wenn es gut ging, es darauf abgesehen hatten, nach der Vorschrift ihrer moskowitischen Gebieter endlich die von ihnen ach so heiß ersehnte Räterepublik auch in Deutschland aufzutun, gestaltete sich, da ihnen die deutsche Kriminalpolizei zuvorgekommen war, ihre Pläne aufgedeckt und ihre Führer mit liebevollen Armen in Sicherheit gebracht hatte, damit sie ihr kostbares Leben, insbesondere aber auch das der kommunistischen Massen und der anders gesinnten Staatsbürger nicht in Gefahr brächten, zu einem wahnsinnigen Hereinfall. Die Spekulation der moskowitischen Knechte, die Not der vielen deutschen Erwerbslosen für ihre Pläne mißbrauchen zu können, erwies sich als verfehlt. Die deutschen Arbeiter sind zu gescheit, um auf diesen moskowitischen Leim hereinzufallen. Sie wissen ganz genau, daß ihnen von Moskau kein Heil kommt und nach den Erfahrungen, die die asiatische Mißwirtschaft in Rußland gezeigt hat, wissen alle Arbeiter, auch die erwerbslosen, daß der Sowjetstern für sie kein Erlösungszeichen ist. Sie bedanken sich aber auch dafür, den Kommunisten die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Der ganze kommunistische Versuch, sie aufzuputschen, mißlang. Gar keine Massen waren von den Kommunisten auf die Beine zu bringen. Daher verliefen auch die kommunistischen Kundgebungen, zumal da auch die Polizei auf ihrem Posten war ruhig, ohne größere Zwischenfälle. Es liegen aus dem Reiche u. a. folgende Meldungen vor:

WTB **Berlin**, 14. Febr.

Die kommunistischen Kundgebungen, die gestern für das ganze Reich geplant waren, sind in **Berlin** bei schwächlichen Versuchen **verlaufen.** In einigen Stadtteilen war es lediglich zu kleineren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die die geringe Anzahl der Demonstranten leicht zerstreuen konnte.

WTB **Dresden**, 14. Februar.

Im Verlauf des gestrigen Tages ist es, soweit bisher bekannt geworden ist, zu **Zusammenstößen mit der Polizei in Sachsen nicht gekommen.** Kleinere Ansammlungen in Döbel und Pirna wurden von der Lokalpolizei ohne Schwierigkeiten zerstreut.

WTB **Dortmund**, 13. Febr. Zu der heutigen Massendemonstration heute auch die kommunistische Partei für den Stadt- und Landkreis aufgefordert. Die Demonstrationszüge sollten von den Außenbezirken in das Innere der Stadt geleitet werden, dort die Polizei überwältigen und den Widerstand brechen. Die arbeitende Bevölkerung hatte für die Demonstrationen kein Verständnis. Die Polizei hatte am Tage vorher die Kampfleitung festgenommen. Kleinere Ansammlungen wurden ohne Mühe von der Polizei zerstreut. Zu Waffenanwendungen brauchte es nicht zu kommen. Bei einem Festgenommenen wurden **Eierhandgranaten** gefunden, die vorher an die einzelnen Teilnehmer verteilt wurden. Ein lebhafter Zuzug von auswärts war zu bemerken, doch waren es meistens Elemente, denen politische Ziele fremd sind. Soweit die Führer nicht festgenommen werden konnten, hatten sie sich in Sicherheit gebracht.

In **Lütgendortmund** hatte man in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch an der Polizeiwache und der Wohnung des Polizeiinspektors **Sprengstoffe** zur Entladung gebracht, wodurch aber nur geringer Sachschaden angerichtet wurde.

Blutige Unruhen in Stettin.

WTB **Stettin**, 14. Februar.

Als gestern abend die **Arbeiter** der Vulkanwerft die Arbeitsstätte verließen, versammelte sich auf der Straße vor der Werft **etwa 4—500 meist junge Leute an,** und marschierten unter Absingen der Internationale stadteinwärts. Von der Ecke der Werftstraße wurde die dort aufgestellte **Schutzpolizei,** ein Offizier, 9 Wachtmeister, von der Menge und aus mehreren Häusern **lebhaft beschossen** Der Polizeiwachtmeister Krause wurde durch einen Schuß am Kopf verletzt und brach besinnungslos zusammen. **Die Polizeibeamten erwiderten das Feuer,** worauf die Menge auseinanderstob. **Sieben Verwundete blieben auf dem Platz.** Die Ruhe und Ordnung wurde wieder hergestellt.

Der Hitlerprozeß.

WTB **München**, 14. Febr. Den Blättern zufolge hat der Generalstaatskommissar die als Zeugen im Hitlerprozeß geladenen **Funktionäre des Generalstaatskommissariats in Bezug auf die Ereignisse vom 8. und 9. 11 und auf die damit unmittelbar zusammenhängenden Vorgänge von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses enkbunden.**

Der französische Botschafter bei Stresemann.

() **Berlin**, 13. Febr. Der Außenminister Dr. **Stresemann hat gestern in Berlin den französischen Botschafter empfangen. Die Unterredung hat zu einer längeren Aussprache des gesamten Fragenkomplexes, der einige Tage zuvor zwischen dem deutschen Botschafter in Paris, Herrn v. Hoesch und dem französischen Ministerpräsidenten stattgefunden hat, geführt.**

Gesandter v. Keller.

Der gleichzeitig mit der Ernennung des Botschafters v. Hoesch zum Gesandten in Brüssel ernannte bisherige Gesandte in Belgrad, v. Keller, hält sich zurzeit zur Abwickelung dienstlicher und persönlicher Angelegenheiten in Belgrad auf und wird sofort nach der Uebergabe seines Abberufungsschreibens in Belgrad noch Ende des Monats zur Uebernahme des neuen Postens in Brüssel eintreffen.

Die Aussprache über die Regierungserklärung Macdonalds.

WTB **London**, 13. Febr. (Unterhaus.) Die heutige Aussprache über die gestrige Rede des Erstministe. wurde von dem früheren konservativen Erstminister und jetzigen Führer der Opposition,

Baldwin

eingeleitet. Er erklärte: Macdonald habe keinerlei Auskunft darüber gegeben, ob geplant sei, die Stärke des Heeres, der Flotte und der Luftflotte in dem augenblicklichen Stande zu belassen, oder ob eine dieser Truppen, oder alle in ihrer Stärke vermindert oder vermehrt würden. Baldwin gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung die Ansichten der Ueberseedominien in der Frage der Singaporedocks in sorgfältige Erwägung ziehen werde. Aus den gestrigen Aeußerungen Macdonalds über die Beziehungen Englands zu Frankreich und zu Mitteleuropa gehe hervor, daß man mit Frankreich verhandele, bezw. neue Verhandlungen einleiten werde. In einer solchen Zeit wird keine Opposition Willens sein, Fragen aufzuwerfen, die die Aufgaben der Regierung erschweren könnten. Er sehe jedoch mit Befriedigung, das sobald nach der Uebernahme der Verantwortlichkeit die Regierung daß Programm fortsetzt, und er hoffe mit gutem Erfolge, die beharrlich während der letzten 12 Monate verfolgt wurde. Baldwin wandte sich darauf dem Arbeitslosenproblem zu. Die Rede Macdonalds habe nicht ein einziges Wort darüber enthalten, wie dieses große Problem in Angriff genommen werden solle. Es frage, was die Regierung inbezug auf das Industriesschutzgesetz zu tun beabsichtigte. Baldwin beschäftigte sich hierauf eingehend mit der Arbeitslosenfrage. Dieses Problem sei sehr schwierig. Jedermann wünsche friedliche

Beziehungen zu Rußland

und die Entwicklung des Handels mit diesem. Eine große Schwierigkeit sei jedoch, daß man versuchen müsse, friedliche Beziehungen mit einem Lande herzustellen, dessen Ideale denen Englands vollkommen entgegengesetzt seien. Baldwin erinnerte an die Aeußerung Sinowjews: Wir werden Macdonald unterstützen, wie das Seil den Gehenkten unterstützt. Er frage, was unter der Räterepublik zu verstehen sei, welches Gebiet es sei, und mit wem man Verhandlungen führen sollte. England habe die Verhandlungen gerade in dem Augenblick begonnen, wo der Tod Lenins nach seiner Information die gesamte Stellung der Räteregierung sehr heikel gemacht habe. England laufe Gefahr, bevor es die Verhandlungen beginne, den einzigen Hebel aus der Hand zu geben. Inzwischen hätten die Italien zuerst Konzessionen erhalten, bevor sie die Anerkennung ausgesprochen hätten. Es würde sehr interessant sein, wenn der Vertrag zwischen Rußland und Italien veröffentlicht werden könne. England wolle wissen, was Italien erhalten habe und ob die Berichte stimmten, daß die Italiener besondere Konzessionen inbezug auf die Schiffahrt im Schwarzen Meere erhalten hätten. Baldwin betont die Wichtigkeit des Schutzes der Interessen Großbritanniens zur See. Er sagte, man müsse zusehen, daß keine Vorrechte dieser Art seitens eines Landes einem anderen gegenüber gegeben würden, ohne daß England daran teilnehme. Baldwin fragte, ob die Kriegsschulden Rußlands für echt behandelt werden sollten oder als Teil der gesamten internationalen Schuldenfrage. Man müsse daran denken, daß alle Länder auf dem Festlande, welche England Geld schuldeten, darauf achten, wie England sich gegenüber den russischen Schulden verhalte und zwar in der Hoffnung, und in dem Glauben, daß England seine Forderungen an Rußland in großem Maßstabe preisgeben werde. Dieses würde dann sofort von den anderen Ländern, die England Geld schuldeten, ihm vorgehalten. Hierdurch würde die Hoffnung beseitigt, daß England von anderen europäischen Schuldnern, die England Geld schuldeten, die geschuldeten Beträge eintreiben könnte. Dies gilt auch für die Privatschulden. Ueber die russische Propaganda erklärte Baldwin er glaube, Macdonald habe seitdem er im Amte sei erkannt, daß die Propaganda etwas bedeute. Baldwin sprach von der fürchterlichen Gefahr für die ganze Welt, wenn die Propaganda, wie sie Asien betreibe, ihre Früchte tragen würde. Was den Handel mit Rußland betrifft, so sei es für das Wirtschaftsleben notwendig eine Sicherheit zu haben, daß die Waren bezahlt würden oder den Kaufleuten Gerechtigkeit zuteil werde. Nach den bisherigen Erfahrungen ist aber kaum zu hofen, daß England in Rußland Handel treiben können, da Deutschland dort das bessere handelstreibende Volk ist. Die bisherigen Bemühungen hätten mit einem Fehlschlag geendet. Bevor man nicht in Rußland kommerzielle Rechte habe und bevor man nicht eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen habe, werde es kein Geschäft geben. Macdonald habe auf Handelskredite mit Rußland Bezug genommen. Die Schwierigkeit liege hier in der Verföhnung zweier völlig verschiedener Zwecke. Baldwin erklärte es für lächerlich, daß England Rußland eine Anleihe von 300 Millionen Pfund geben wolle. Er entnehme aus Macdonalds Bemerkungen, daß keine Regierung eine Anleihe an die russische Regierung geben werde.

Nach Baldwin ergriff der Führer der Liberalen

Asquith

das Wort, nachdem er zuvor unter allgemeinem Beifall an der Opositionsseite des Regierungstisches Aufstellung genommen hatte. Er drückte seine Befriedigung über die de jure-Anerkennung Rußlands aus, welche die Regelung zahlreicher ausstehender Fragen festhalten werde. Man könne nicht mit heroischer Macht Gesetze machen, wenn man sich in einer dauernden Minderheit befindet. Asquith hob hervor, daß die liberale Partei Ende 1922 für einen Abänderungsantrag über die Aufhebung des Industrieschutzgesetzes und anderer Schutzmaßnahmen eingetreten sei und daß die Arbeiterpartei diesen Antrag einstimmig unterstützt habe. Er frage nach der Haltung der Regierung in dieser Frage. Sodann kam Asquith auf eine der ersten Handlungen des Gesundheitsministers Wheatley zu sprechen, durch die er eine von seinem Vorgänger in besonderer Beziehung auf das Londoner Arbeiterviertel Poplar erlassene Anordnung über die Beschränkung der Beiträge aufhob, weil sie als Armenunterstützung bezeichnet worden. Dieser Schritt habe seinerzeit scharfe Kritik hervorgerufen. Asquith erklärte zu dieser Frage, daß sie durch die neue Regierung einer eingehenden Erwägung unterzogen werden müßte. Es sei nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß diese auf Verwaltungswegen getroffene Maßnahme die Unterstützung oder die Billigung des Unterhauses finden würde. Seine Freunde und er sähen aber diese Frage als ein von größter Bedeutung an.

Clynes,

der nach Asquith sprach erklärte, wenn die Entschließungen der Reichskonferenz erörtert würden, werde die Regierung nicht nur dem Hause Gelegenheit geben, seine Ansicht auszusprechen, sondern die Regierung werde die Gelegenheit ergreifen, ihre eigene Ansicht über die Entschließungen bekannt zu geben. Er fuhr fort, die Regierung könne auf keinen Fall an die Regelung der Vermögensabgabe herantreten unter den Bedingungen, wie sie jetzt vorliege. Der Erstminister habe die Absicht, Rußland unter denselben Bedingungen wie die anderen Länder zu behandeln.

Der frühere Unterstaatssekretär

Mac Neill

unterbrach Clynes, indem er darauf hinwies, daß die russische Regierung England nicht behandele wie andere auswärtige Regierungen.

Clynes erwiderte, er denke an die Besserung der Handelsbeziehungen. Kennworthy fragte an, ob die Regierung beabsichtige, neue **Ausgaben für Kriegsschiffsdocks in Singapore** zu machen.

Der Parlamentssekretär der Admiralität **Ammon** erwiderte, bis der gesamte Plan durch die Regierung geprüft worden sei, werden **keine derartige Ausgaben erfolgen. Die Beamten in Singapore seien angewiesen, keine neue Verpflichtungen einzugehen.**

Aufnahme der Rede Macdonalds in Paris.

WTB **Paris**, 13. Febr. Die gestrigen Erklärungen des englischen Erstministers werden von den Pariser Blättern günstig aufgenommen. Jedoch sind einem Teil, namentlich der rechtsstehenden Presse die Ausführungen zu allgemein gehalten.

Echo de Paris schreibt, die von dem Erstminister über den Völkerbund ausgesprochenen Tiraden, die Gefahr eines jeden Systems von Allianzen, über die allgemeine Entwaffnung usw. bestätigten, was man über Ramsay Macdonald wußte. Man sei aber nicht unterrichtet worden über die genaue Regelung, die das Foreign Office unterstützen werde. Wie seien die Ausschten über die Wiederherstellungs- und Sicherheitsfragen? Es sei klar, daß Ramsay Macdonald zögere, sich zu binden. Diese Langsamkeit und diese Rücksicht seien willkommen. Sie würden wenigstens beweisen, daß der Nachfolger Baldwins sich Rechenschaft darüber ablege, was auf dem Spiele stehe. Aber es wäre kühn, in diesen Erklärungen finden zu wollen, was sie nicht enthielten, nämlich die Lösung des substantiellen Aufgebens der entente cordiale.

Oeuvre schreibt, der Ton der Rede Macdonalds weiche beträchtlich ab von den Reden Lord Curzons, und wenn man sich offen gestehe, auch von den Reden anderer Minister. Es handle sich um die Rede eines Mannes von gesundem Sinn und gutem Willen, der nicht glaube, daß man den Krieg vorbereiten müsse, wenn man den Frieden wolle unddaß man seine Absichten verbergen müsse, wenn man zum Ziele kommen wolle. Er wolle auch nicht Machiavelli kopieren.

Der Matin über Macdonalds Pläne.

WTB **Paris**, 14. Februar.

Dem Berichterstatter des Matin wurde im Foreign Office erklärt, **Macdonald habe seine Sympathie für jede Bewegung, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau zum Ziele habe, ausgedrückt**, aber er habe keineswegs im Unterhause sagen wollen, daß eine **internationale Konferenz von der Art derjenigen von Genua ein wirkungsvolles Heilmittel für die gegenwärtigen Uebelstände sein werden.** Er denke, daß ein **gemeinschaftliches Studium der internationalen Konferenz vorausgehen müsse** und daß französische und englische Sachverständige ihre Ansichten vorher austauschen müßten, bevor von einer internationalen Konferenz die Rede sein könne. Besonders scheine ihm **jeder Meinungsaustausch ohne jeden Zweck, solange man nicht die Berichte des Sachverständigenausschusses besitze.** Was die weiteren Abrüstungsprobleme betreffe, so sei sicher, daß, wenn Coolidge die Initiative einer Konferenz ergreifen würde, er sofort die Unterstützung Macdonalds finden werde.

Liberale und Arbeiterpartei stimmen gemeinsam.

WTB **London**, 14. Februar.

Das Unterhaus lehnte einen **konservativen Antrag auf Ernennung eines Unterausschusses zur Ermittelung des besten Weges, die britischen Industriellen gegen ausländischen Wettbewerb zu schützen**, mit 290 gegen 173 Stimmen ab. **Die Liberalen und die Arbeiterpartei stimmten gemeinsam.** (Es handelt sich hierbei, ob das Freihandelsprinzip in Kraft bleiben soll oder ob die Schutzzölle eingeführt bezw. verschärft werden sollen. Die Redaktion.)

Ausland.

Tagung der Botschafterkonferenz.

WTB **Paris**, 14. Febr. Die Botschafterkonferenz hatgestern vormittag eine Sitzung abgehalten, in der sie die laufenden Angelegenheiten besprach.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen vor dem Völkerbund.

WTB **Genf**, 13. Febr. Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage der Erwerbung der **polnischen** Staatsangehörigkeit durch die Deutschen in Polen wurden gestern nachmittag vom Völkerbund unter dem Vorsitz des brasilianischen Mitglieds Sutabanka eröffnet. Die Verhandlungen werden in erster Linie der Lösung der Schwierigkeiten gelten, die sich aus der praktischen Anwendung des für Deutschland günstigen Gutachten des internationalen Gerichtshofes über die Auslegung des Artikels 4 des polnischen Minderheitsvertrags ergeben. Ferner sollen die durch Artikel 3 dieses Vertrages aufgeworfenen Fragen des ununterbrochenen und mehrfachen Wohnsitzes der Deutschen in Polen geregelt werden.

Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Honduras gelöst.

WTB **Washington**, 14. Febr. (Funkspruch.)

Das **Staatsdepartement** teilt die **Lösung der Beziehungen zu Honduras** mit.

Deutsches Reich.

Eine Pachtschutzordnung beschlossen.

WTB **Berlin**, 14. Februar.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung von 12 bis 2 Uhr den Erlaß einer Verordnung zur Pachtschutzverordnung beschlossen.

Der Sparausschuß für Erhöhung der Bezüge der Arbeitnehmer des Reiches.

Der Sparausschuß des Reichstages ersuchte die Reichsregierung, die Gehälter der Beamten und die Löhne der Reichsarbeiter, sobald wie möglich zu erhöhen. Ebenso ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung, die Anstellung und Beförderungssperre für Beamten mindestens insoweit aufzuheben, als während der Dauer des Personalabbaues jede zweite freiwerdende Stelle wieder besetzt wird. Weitere Ausnahmen hiervon sollen mit Genehmigung des Sparkommissars und des Reichsfinanzministers möglich sein.

Ferner nahm der Sparausschuß einen Antrag zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten an.

Die Regelung der Beamtengehälter.

Zwischen den Vertretern der Beamtenorganisationen und den Vertretern des Reichsfinanzministeriums haben dieser Tage Verhandlungen über die Gehaltsfrage der Beamten stattgefunden. Es wurde von den Regierungsvertretern ausdrücklich erklärt, daß eine **weitere Ermäßigung der Beamtenbezüge** gegenüber dem jetzigen Zustand **nicht abschtigt sei.** Die Reichsregierung trachtet vielmehr danach, die Grundgehälter sowohl wie die Orts-, Frauen- und Kinderzuschläge angemessen zu erhöhen, sobald es die Finanzlage des Reiches es nur irgendwie gestattet. Weiter wurde von den Beamtenvertretern mitgeteilt, daß eine Erhöhung der Abbauquote, die mit 25 Prozent benannt wurde, nicht beabsichtigt ist.

Erhaltung des Berufsbeamtentums an der Bahn.

WTB **Berlin**, 14. Febr. (Drahtbericht.)

In der Oeffentlichkeit ist verschiedentlich die Befürchtung **ausgesprochen worden, daß bei der jetzigen** Neugestaltung der Reichsbahn die Abschaffung des Berufsbeamtentums bei der Reichsbahn beabsichtigt sei. Vom Reichsverkehrsminister wird diese Auffassung **als unrichtig bezeichnet.** Der Reichsverkehrsminister betont, daß die Reichsbahnbeamten ihre Eigenschaft als Reichsbahnbeamten mit ihren Rechten und Pflichten nach wie vor ungeschmälert behalten.

Hauptausschußsitzung des deutschen Handels- und Industrietages

k. **Berlin**, 14. Februar. (Privattelegr.) Gestern fand in der Berliner Handelskammer unter starker Beteiligung von Handelskammervertretern aus allen Teilen des Reiches die erste Hauptausschußsitzung des Deutschen Industrie- und Handelstages in diesem Jahre statt. Der Vorsitzende, Handelskammerpräsident von **Mendelssohn** forderte in seiner Begrüßungsansprache u. a.: Völlige Wiederherstellung der Souveränität der Reichsregierung über die Wirtschaftskräfte des besetzten Gebietes, Festlegung unserer Reparationsleistungen auf ein angemessenes Maß, Bewilligung eines Moratoriums und Gewährung einer ausländischen Anleihe, ferner soll sofortige Balanzierung der Staatsbudgets, **alsbaldige** Gründung einer Goldnotenbank und schließlich Freiheit der Wirtschaft, freie Preisbildung für Waren jedenfalls war es einerlei und Fritz Küppers sammelte in heimlichem Glück die plumpen Holzschuhe auf, als seien es zerbrechliche Meisterwerke köstlicher Glasbläserei.

Krämer Slunter hatte die Bänder ausgepackt und legte sie sich über Schulter und Arm, um ihre Wirkung zu erproben. „Dieses Blau mit den roten Rosen — herrlich, herrlich! Oder dieses grüne mit den gelben Ranken — die letzte Rufolee! Eine Prinzessin könnte diese Farben tragen."

Margret wurde beinahe ungeduldig, daß sie die zarte Farbe nicht fand, die sie suchte. Sie entschloß sich endlich zu einem schlichten weißen Band. Ein wenig verächtlich räumte Balthasar Slunter seine Schätze wieder zusammen, er dachte in diesem Augenblick sehr gering von dem Geschmack seiner Kundin.

„Weiß, Fräulein Margret, wer nimmt heutzutage noch weiß! Lebhafte Farben sind modern und sie würden Ihnen noch viel besser stehen. Weiß nimmt man beinahe nur noch für . . ."

Balthasar Slunter brach mitten im Satze ab, so daß das junge Mädchen ihn erschreckt ansah. Dann ließ er einen langgezogenen Pfiff hören, wie einer, dem plötzlich ein ganz gescheiter Gedanke gekommen ist und fuhr mit listigem Augenzwinkern fort: „. . . für Brautkleider!"

Er stellte mit Genugtung fest, daß Fräulein Margret rot wurde und behauptete kopfnickend: „Ja, ja; aus Kindern werden Leute."

Das junge Mädchen erkundigte sich nach dem Preise des Bandes, jedoch Balthasar Slunter war wie geistesabwesend. Er bemerkte nicht einmal, daß Fritz Küppers das Band, das „sie" gekauft hatte, heimlich an die Lippen drückte, ehe er es einwickelte.

„Sie wären eine schmucke Braut, Fräulein Margret. Ich dachte immer schon, daß es einmal kommen mußte . . . Man hört so allerlei Gemunkel und Geflüster . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Der ewige Kampf.

15) Roman von **Karlfriedrich Baberadt.**

Ehe Potter es hindern konnte, hatte sich der geschmeidige Krämer zwischen ihn und das Mädchen geschoben, so daß sie sich loslassen mußten. Dann faßte er den Amerikaner unter dem Arm und wollte unerbessen das junge Mädchen unter seinen Schutz nehmen, aber in demselben Augenblick, als Potter sie freigegeben hatte, huschte Lene davon und lief nach Hause. Potter hatte ihr folgen wollen, aber die beiden Männer hielten ihn so fest, daß er Mühe hatte, ihrer ledig zu werden.

„Na, na, Herr Potter", sagte Slunter, „nur ruhig Blut. Die Lene kennt den Weg schon. Kommen Sie nur mit — wir laden Sie ein, nicht wahr, Meister Boersma? Wahrhaftig, wir laden Sie ein! Und der Jan wird sich freuen . . ."

„Der Jan wird sich freuen", höhnte Boersma, „daß Sie seine Lene so gut beschützt haben. Ausgerechnet Sie, der Amerikaner vom Bruckschenhof! Mädchen verführen ist freilich leichter, als ordentliche Papiere haben."

Heinz Potter fluchte und gebrauchte seine ganze Kraft, um frei zu kommen. Boersma hatte einen eisernen Griff, dennoch gelang es dem jungen Burschen, ihn abzuschütteln. „Goddam, lassen Sie mich zufrieden. Was ich mit der Lene hab', geht Sie nichts an, und wenn Sie Ihr Maul nicht halten, sollen Sie spüren, daß ich deutsche Fäuste habe! Alter Narr!

Balthasar Slunter, der diese Worte durchaus nicht auf sich bezog, hüpfte von einem Fuß auf den andern. „Alter Narr hat er gesagt, alter Narr hat er gesagt! Hörst du, Boersma?"

Der Ortsvorsteher wollte sich wütend auf Potter stürzen, aber der hatte keine Lust, den Lossumen das Schauspiel einer nächtlichen Rauferei zu bieten. Mit ein paar Sätzen war er auf und davon. Die Schimpfworte, die ihm die beiden Ortsgewaltigen nachriefen, verstand er nicht mehr.

„Lieber Jan, du weißt, ich habe es immer gut mit dir gemeint und ich habe dir auch schon manchen Gefallen getan, du wirst also nicht sagen können, daß ich dich schädigen wollte oder dir zu nah treten, aber wenn du dir alles gefallen läßt, dann muß ich wirklich die Achtung vor dir verlieren."

„Gott, Boersma, was Ihr für Unsinn redet. Das paßt ja doch alles gar nicht zusammen. Ihr habt mir gesagt, der Amerikaner habe die Lene verführt und ich sage Euch: „Das glaub' ich nicht! Was hat also das „Gefallenlassen" damit zu tun?"

„Du bist ein wenig vernagelt, mein Jung! Noch deutlicher wie der Slunter und ich dir die Sache, die wir mit unseren eigenen Augen gesehen haben."

„Halt — was habt Ihr gesehen! Daß der Amerikaner die Lene begleitet hat . . ."

„Arm in Arm, ja."

„Weil es dunkel war. Spart doch die Worte! Das alles hat mir die Trien bereits erzählt und die weiß es von der Lene selbst. Sie hat sogar gesagt, der Lene tut's leid, so mit dem Amerikaner gegangen zu sein, aber er sei mit weggezubringen gewesen. He, sollte sie ihn verprügeln oder davonlaufen? Er lachte gurgelnd. „Die Margret kann sich freuen, was sie für einen kriegt!"

„Schafskopf, du bist ein Dämel, an Gilles. Glaubst jeden dummen Weiberschnack. Aber so wahr ich Boersma der Ortsvorsteher bin: der Lene tut's nicht leid, daß der Amerikaner sie gestern geküßt hat."

„Ich werd' sie selbst fragen", sagte Jan unsicher. Er dachte an jenen Kirmessonntag und der Verdacht stieg in ihm auf, daß Boersma doch vielleicht Recht haben könnte. „Mich wird sie nicht anlügen können."

„Das wär' das Dümmste, was du tun könntest, Jan. Abwarten mußt du und deine Augen offen halten. Mach sie sicher, dann hast du sie."

Eine zornige Röte färbte das Gesicht des Burschen. Ein unbestimmter Haß quoll in ihm auf. Er wußte Boersma wenig Dank für seine „Enthüllungen", denn er, Jan, hatte nur Aerger und Scherereien davon. Die Lene hatte immer ihren eigenen Kopf gehabt, die war nicht eher zu lenken, als bis sie Krugwirtin sein würde. Es war nicht recht von ihr, sich mit dem Amerikaner abzugeben nach allem, was vorgefallen war, aber — und das war der Hoffnungsanker, den Jan immer wieder auswarf: der Potter war mit der Margret versprochen. Die Lene würde Krugwirtin werden, ganz gewiß. In diesem Kreise bewegten sich seine Gedanken, immer fort. Bald war der Haß gegen den Amerikaner, bald seine Liebe zu Lene obenauf, und unentschlossen schwankten dazwischen seine Entschlüsse hin und her.

In derselben Vormittagsstunde stand nun Margret Bruckschen im Laden des Herrn Slunter und wählte sich bunte Bänder für ein neues Kleid aus. Fritz Küppers, der heimlich für das junge Mädchen schwärmte und sie zum Gegenstand seiner süßesten Gedichte machte, mußte den ganzen Vorrat des Ladens herbeiholen, aber obwohl er immer die brennendsten roten Bänder am meisten anpries, fand Fräulein Margret doch nicht das rechte. Zum Glück erschien da Herr Balthasar Slunter aus dem Hinterstübchen im Laden und übernahm die Bedienung dieser vornehmen Kundin selbst.

„Fritz Küppers, du Dämelklaas, hol die neuen Schachteln heraus, die gestern angekommen sind!" sagte er. „Gleich Fräulein Margret, gleich. Ich werde Ihnen das Allerneueste und Allerschönste vorlegen, was jetzt überhaupt in seidenen Bändern hergestellt wird. In keinem Laden der Stadt werden Sie größere Auswahl haben."

Er schob ein paar offene Kisten Zigarren beiseite, um den Ladentisch freizumachen und deckte ein Holzbrett über die Heringstonne, deren Geruch das junge Mädchen zu belästigen schien. Dann stellte Fritz Küppers die neuen Schachteln unmittelbar und so hart neben einen Stapel Holzschuhe daß dieser klappernd zusammenfiel. Margret Bruckschen schrie leise auf bei dem Gepolter, aber Fritz Küppers lächelte verschmitzt. Es war schwer zu erraten, ob die Zerstörung des Holzschuhstapels eine Kriegslist gewesen war, um die Nähe der Angebeteten noch länger genießen zu können oder ob des Jünglings gewohnte Ungeschicklichkeit den Zwischenfall verursacht hatte. Dem jungen Mäd-

Wirtschaftsteil.

Erst Währung, dann Wirtschaft.

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter:

Der nicht leicht zu nehmende Ansturm einer gewissen in- und ausländischen Spekulation gegen die Rentenmark darf als **abgeschlagen** bezeichnet werden. Reichsregierung und Reichsbank sind aus dem recht ernsten Kampf als Sieger hervorgegangen.

Nun aber müssen die Lehren aus den jüngsten Erfahrungen mit resoluter Entschlossenheit in die Tat umgesetzt werden. Und da kann man nur sagen: Bei den heutigen Verhältnissen, wo alles noch im Fluß ist, wo die Unsicherheit und die Nervosität selbst durch kleine Ursachen zu peinlichen Wirkungen führen können, in einer solchen Zeit darf es nur die Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Bevölkerung geben. Wenn in solchen Zeiten weite Schichten der Bevölkerung, — man denke nur an die Beamten, die heute mit Gehältern sich begnügen müssen, die wirklich nicht mehr zur Fristung der Existenz als ausreichend bezeichnet werden können, man denke nur an die Hunderttausende von entlassenen Angestellten und Arbeitern und an ihre Familien, die die schwersten Opfer bringen, alles nur um die Erhaltung der Währung willen, — die größten Entbehrungen auf sich nehmen, dann kann es nicht einer bestimmten Schicht erlaubt sein, dieses Ringen des Volkes um seine wirtschaftliche und damit auch um seine staatliche und politische Existenz durch eigene Machenschaften zu durchkreuzen.

Und in solchen Zeiten man es nur heißen: **Erst Währung, dann Wirtschaft!** Dem Schutze der Währung, der Sicherung vor allen ihr drohenden Gefahren muß **alles und jedes** untergeordnet werden. Nach diesem Motto müssen unsere politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen geführt werden, und die Reichsregierung darf auch vor den härtesten Mitteln, wenn sie nur tauglich sind, nicht zurückschrecken, um die Währung zu halten.

Wir waren in diesen Tagen in einem Stadium grenzenloser Gefahr. Ein Umsturz des jetzigen Kursniveaus würde das Wirtschaftsleben, aber auch die ganze soziale und politische Lage unserer Nation auf das unheilvollste beeinflußt haben. Die auf Inflationsgewinne ausgehende Spekulation die durch die Stabilität empfindlich betroffen wurde von denen jetzt Tausende in die Schicht der freilich nicht unverdient erworbenen einrangiert werden, haben, nachdem schon ein Vorstoß in den ersten Wochen des Januar erfolglos geblieben war, sich in ihrem blinden Eifer diesmal eine Zeit ausgesucht, die ihren Machenschaften sehr ungünstig wurde. Es war ein Vabanque-Spiel. Wenn der Stoß gelungen wäre, dann wären alle die unerfreulichen Elemente, die wir aus der Inflationsperiode kennen, wieder obenauf gewesen. Man nutzte die Beratungen der Sachverständigen in Berlin zu wilden Gerüchten aus, die man dann an der Börse zu fruktifizieren suchte. Das Treiben hat aber das Gute gehabt, daß es den Sachverständigen selber einmal an einem sehr drastischen Beispiel vor Augen führte, mit welchen Schwierigkeiten die Reichsregierung zu kämpfen hat, um die Währung zu halten. Und so haben die Spekulanten schließlich das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten.

Man muß allerdings aussprechen, daß es diesen Kreisen, die es mit der Währung übel wollen, nicht gerade schwer gemacht worden ist, ihren neuen Vorstoß zu unternehmen. In der Praxis gewisser Geldinstitute war eine auffallende Lazheit eingerissen. Die Bestimmung, daß die Kaufaufträge von Devisen voll durch Guthaben gedeckt sein müssen, wurde gar nicht mehr beachtet. Dazu kam eine Erweiterung der Kredit-Gewährung, und zwar nicht nur von den Privatbanken, sondern auch von der Reichsbank, die eine große Geldflüssigkeit schafft. Da auch jede Kontrolle darüber fehlte, ob die Kredite wirklich zu produktiven Zwecken benutzt wurden, sind viele Gelder für Spekulationen auf dem Devisenmarkt verwandt worden. Und das unter dem Vorwand der durch die Wiederbelebung der Wirtschaft aufgetretenen Notwendigkeiten. Nun war es ja richtig, daß die Wirtschaft in großen Kreisen und daß der solide Kaufmann unter der jüngsten Kreditnot empfindlich litten. Eine Lockerung der Kreditschraube war unerläßlich geworden. Aber gerade ehrliche und anständige Menschen leiden nun jetzt am meisten durch den Mißbrauch von anderer Seite.

Denn eines ist nunmehr klar: So, wie bisher darf es nicht mehr weitergehen. Die Reichsbank hat auch schon bestimmte Folgerungen gezogen. Man geht zu

erneuten scharfen Kreditbeschränkungen

über, und die Privatbanken sind angewiesen, ihre Kreditgeschäfte einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. Bei solchen Unternehmungen, bei welchen sich herausstellt, daß ihnen gewährte Kredite auf dem Devisenmarkt über den normalen Bedarf hinaus Verwendung gefunden haben, werden diese Vergehen unweigerlich mit Kreditsperre geahndet.

Aber man darf dabei nicht stehen bleiben. Gegebenenfalls muß die Reichsbank auch eine

Erhöhung des Diskontsatzes

vornehmen. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß eine solche Erhöhung jetzt im Zeichen der Stabilität viel einschneidender wirken muß als das in Zeiten der Inflation der Fall war. Aber es darf unter keinen Umständen vor einem solchen Schritt zurückgeschreckt werden, und wir wissen, daß die Reichsbank sich sehr ernstlich mit Absichten in dieser Hinsicht trägt. Die Wirtschaft, die durch die Kreditbeschränkungen ohnehin schon empfindlich getroffen wird, würde bei einer Diskonterhöhung in eine sehr mißliche Lage geraten. Wenn die letzten Vorgänge dazu führen würden, daß die soliden Elemente sich zusammenschließen, um die Schädlinge aus ihren eigenen Kreisen rücksichtslos zu entfernen, dann wäre ein ganz wesentlicher Gewinn zu verzeichnen.

Die Währung hat vor der Wirtschaft zu stehen. Denn von dem Schutze der Währung ist auch die Sicherung der Wirtschaft abhängig. Man wird der Reichsregierung darin beipflichten müssen, daß sie alles daransetzt, um die Zügel in der Hand zu behalten. Die Gesundung und Erhaltung der Währung ist die Voraussetzung für unseren gesamten wirtschaftlichen, aber auch politischen Wiederaufbau. Und um dieses Ziel zu erreichen, darf uns kein Opfer groß genug sein. Aber die Bevölkerungskreise, die heute schon solche Opfer für die Gesamtheit zu bringen, haben ein Recht darauf zu verlangen, daß solche Opfer auch von denen gebracht werden, die dazu in erster Linie berufen waren, weil letzten Endes Gedeih und Verderb auch ihrer Schicht von dem Erfolg der zum Schutz unserer Währung eingeleiteten Maßnahmen abhängt. Der Grundsatz also: **Erst Währung, dann Wirtschaft, muß mit der denkbar größten Energie in die Tat umgesetzt werden,** und die Reichsregierung wird der Unterstützung aller Volkskreise bei solchen Bemühungen immer sicher sein.

Was sind unsere Banken wert?

(Goldwert der Banken, berechnet nach der Höhe des Aktienkapitals und dem Börsenkurs der Aktien.)

Name	Juni 1914			Januar 1924			Veränderung d. Gesamtbewertung gegenüber 1914
	Aktienkapital	Durchschnittlicher Kursstand	Also Bewertung der Gesellschaft	Aktienkapital	Kursstand am 25. Jan.	Also Bewertung der Gesellschaft	
	Mill. M.	Prozent	Mill. M	Mill. M.	Goldprozent	in Mill. G.-M.	Prozent
Bank für Brauindustrie	7	55	3,85	206	4,25	8,75	+127
Barmer Bankverein	99,48	116	115,40	998,03	5,3	52,90	— 54
Barmer Kreditbank	1,8	100	1,80	110	0,9	0,99	— 45
Berliner Handelsgesellschaft	110	150	165	110	64	70,40	— 57
Commerz- u. Privatbank	85	105	89,25	800	9	72	— 20
Darmstädter. u. Nationalbank	160	115					—
Deutsche Bank	33	100	217	650	20	120	— 45
Diskonto-Gesellschaft	250	222	555	1500	18,5	277,50	— 50
Dresdener Bank	500	175	525	900	20,75	186,75	— 64,5
Essener Creditanstalt	200	140	280	1100	12	132	— 53
Mitteldeutsche Kreditanstalt	90	154	138,60	700	4	28	— 80
Preußische Zentral-Bodenkredit-Bank	60	113,5	68,10	1120	3,6	40,32	— 40
Reichsbank	44,4	186	82,58	96	4,75	4,56	— 94
	180	138	248,40	180	38	68,40	— 72
			2489,98			1062,57	

Die Reichsbank gegen die Devisen-Spekulanten.

An der Dienstag-Börse hat die Mitteilung den denkbar stärksten Eindruck gemacht, daß die Reichsregierung bezw. die Reichsbank gegen Bankfirmen mit der Kündigung des Girokontos und der Kreditsperre vorgegangen ist. Es handelt sich um Banken, die besonders starke Devisenanforderungen an die Reichsbank gestellt haben, **ohne daß einerseits der Bedarf gerechtfertigt gewesen wäre und andererseits ein dem Ansturm entsprechendes Guthaben** vorgelegen hätte. Weiter hat die Reichsbank gegen eine ganze Reihe von Bankfirmen im Zusammenhang mit den Ereignissen auf dem Devisenmarkt ein strenges Ermittlungsverfahren eingeleitet. Von dieser Untersuchung werden im ganzen allein von **der Berliner Zentrale aus etwa zwei Dutzend Bank- und anderen Firmen betroffen.** Die Untersuchungen erstrecken sich aber nicht allein auf die eigentlichen Devisengeschäfte, sondern **auch auf bestimmte Vorgänge auf dem Markt der Wertpapiere, insbesondere bei den Auslandswerten.** Man hat gerade in den Tagen des Ansturms auf dem Devisenmarkt überraschend starke **Abgaben in bestimmten Auslandswerten, namentlich in österreichischen Bankaktien** (vornehmlich österreichische Kreditbank) und in **Valuten-Papieren** (Türkenwerten, Schade-Aktien und dergleichen) wahrnehmen können. Da diese Papiere durchweg in Deutschland höher notieren als den ausländischen Börsen, so rentiert sich eine Transaktion derart, daß man sie an deutschen Börsen abgibt, um sie an Auslandsbörsen zurückzukaufen. Dadurch entstehen immerhin nicht unbeträchtliche Gewinnmöglichkeiten. Derartige Transaktionen sind aber durch die Devisengesetzgebung verboten, und so erstrecken sich die von der Reichsbank eingeleiteten Untersuchungen auch auf solche eben beschriebenen Geschäfte. Und diese Untersuchungen werden dadurch erleichtert, daß ja die Verkäufe solcher Papiere ohne weiteres festgestellt werden können.

Man muß es mit lebhaftester Genugtuung begrüßen, daß man an den beteiligten Stellen endlich von Worten und Taten übergeht. Es müssen endlich einmal Exempel statuiert werden, um diesen fortgesetzten Beunruhigungsmanövern ein Ende zu machen. Man wird auch gut daran tun, sich gewisse Pressefoorgane und ihre Aeußerungen über die Rentenmark sehr genau anzusehen. Auch da hat es sich in letzter Zeit herausgestellt, daß verschiedene, unter bestimmten Interessen-Einflüssen stehende Nachrichtenstellen Mitteilungen über die Qualität der Rentenmark und die Möglichkeiten ihrer Stabilität verbreiten, die dazu angetan, sowohl auch dafür berechnet sind, eine fortgesetzte Unsicherheit wachzuhalten. Wenn wir im eigenen Lande noch nicht einmal Vertrauen zu unserer Währung haben, was soll dann erst das Ausland tun? Und daß wir zu der gegenwärtigen Währung Vertrauen haben dürfen, hat uns doch die jetzt drei Monate lang anhaltende Stabilität, die unter den schwierigsten Verhältnissen zustande gekommen ist, bewiesen. Die Bevölkerung billigt daher das Vorgehen der Reichsregierung. Auch die anständigen Banken und Geschäftsleute haben das größte Interesse daran, daß in diesen Fragen mit Entschiedenheit vorgegangen wird. Die Reichsbank beabsichtigt übrigens, die Untersuchungen auch auf zurückliegende Devisengeschäfte auszudehnen. Auch das wird man unbedingt begrüßen können.

New Yorker Marktkurs.

Kleine Abschwächung der Mark.

WTB **Newyork,** 14. Febr. (Funkspruch.) Die Reichsmark hatte auf der Börse ziemlich lebhaften Umsatz. Eine kleine Abschwächung der Mark zeigte der Schlußkurs von 22—22,5 Cents pro Billion Reichsmark.

„Deutsche Wirtschaft. Währung und Finanzen."

WTB **Berlin,** 14. Febr. (Drahtnachricht.) Die **Denkschrift,** die für die in Berlin tagenden **Sachverständigenausschüsse ausgearbeitet worden** ist, wird unter dem Titel **„Deutsche Wirtschaft, Währung und Finanzen"** noch im Laufe dieser Woche im Zentralverlag, G. m. b. H., Berlin, als Sonderpublikation erscheinen. Die Denkschrift, die ein umfassendes Studienmaterial über die deutschen Wirtschaftsverhältnisse enthält, dürfte in allen Kreisen des In- und Auslandes große Beachtung finden.

Eine Neuordnung der statistischen Gebühren.

WTB **Berlin,** 13. Febr. Die Reichsregierung **veröffentlicht im Reichsanzeiger die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 erlassene Verordnung über die statistischen Gebühren.** Mit Rücksicht auf die Geldentwertung waren die Gebühren in den letzten 1einhalb Jahren nach dem Werte der Waren erhoben worden. Nach der neuen Bestimmung sind die Gebühren wieder wie früher nach der Menge der Waren zu entrichten, und zwar durchweg durch Aufkleben statistischer Stempelmarken auf den Anmeldepapieren. Die Marken selbst sind auf wertbeständige Grundlage gestellt und in Beträgen von 5, 10 und 50 Pfennigen, sowie 1 und 5 Mark bei den Anmeldestellen, den Postanstalten und Zollstellen zu erhalten. **Die bei der vorliegenden Neuregelung der Gebühren vorgenommene Beschränkung der Befreiung von der Gebührenpflicht bleibt bestehen.**

Neue Wirtschaftsverordnungen.

WTB **Berlin,** 14. Febr. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine zweite Verordnung über die **Aussetzung der Zahlungen zur Erstattung** der von der englischen Regierung erhobenen **Reparationsabgabe** eine Verordnung **Goldmark und Goldmarkwechsel und Checks,** weiter eine Verordnung über **wertbeständige Zahlungsmittel,** eine Verordnung zur Aenderung des Gesetzes über den **Versicherungsvertrag,** eine Verordnung über **wertbeständige Schiffspfandrechte,** sowie eine Verordnung über den **Uebertritt aus einer versicherungsfreien in eine versicherungspflichtige Beschäftigung** und umgekehrt, außerdem eine zweite Verordnung über **Zahlungen von Liquidations- und Gewaltschäden,** eine Verordnung zur **Aenderung der Devisenausfuhrbestimmungen** zur Verordnung des Reichspräsidenten über die **Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände.**

Ein neues internationales holländisches Kreditinstitut.

Berlin, 14. Febr. (Drahtbericht.) In den heutigen Abendblättern wird die Meldung aus Holland verbreitet, daß die Gründung der **Acceptmatschappy** in Amsterdam erfolgt ist, deren Absicht es ist, ein weiteres Kreditinstitut auf internationaler Grundlage mit dem Sitz in Amsterdam zu bilden. Das Grundkapital ist mit 24 Millionen holländischer Gulden festgesetzt. Die Gründung dieser Bank ist unter Führung der niederländischen Matischappy erfolgt. Beteiligt haben sich eine Anzahl von bekannten Unternehmungen. Aufgabe der Bank ist die Finanzierung von internationalen Handelsgeschäften, die Stützung und Pflege vor. Gewerbe und Industrie sowie die Akkreditierung und Diskontierung von Wechseln, besonders internationalen Wechseln sowie die Ausübung aller bankmäßigen Geschäfte. (Es scheint sich hier also um eine internationale Industriebank in gewisser Anlehnung an den Typus des zwar national gedachten Credit-Mobilier zu handeln. Von Wichtigkeit scheint sie für die deutsche Industrie und den deutschen Handel zu sein, da verschiedene Firmen, mit denen deutsche Firmen in letzter Zeit in engem Konner stehen, daran beteiligt sind und da das Projekt einer solchen Bank in deutschen Industriekreisen schon längere besprochen wurde. Die Redaktion.)

Dortmunder Zuchtviehmarkt.

Dortmund, 13. Febr.

Auftrieb 598 Stück Großvieh, 425 Schweine, 3 Schafe und eine Ziege. Der Handel in Großvieh war schlecht. Es kosteten in Goldmark: Kühe a) 475 bis 525, b) 400—475, c) 300—400, d) 200—300, e) 125—200; beste Kühe wurden über Notiz bezahlt. Rinder: a) 325—375, b) 275—325, c) 225—275, d) 150—225, e) 100—150. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es kosteten Ferkel von 6—8 Wochen 12—18, 8—10 Wochen 18—24, 10—12 Wochen 24—35, Läuferschweine 35—40. Nächster Markt Mittwoch, 20. Februar.

Die wirtschaftliche Lage Oesterreichs.

WTB **Wien,** 14. Febr. (Drahtbericht.)

Im Finanzausschuß gab bei der Beratung des Handelsbudgets **Minister Schürf** eine Erklärung ab, über die wirtschaftliche Lage Oesterreichs. Er sagte u. a., die **Entwicklung der österreichischen Handelsbilanz** in den letzten 3 Jahren sei verhältnismäßig nicht ungünstig. Mit einem Aufhören des Passivums in der Handelsbilanz sei wohl nicht zu rechnen, es sei jedoch eine erhebliche Minderung des Passivums durch eine Erweiterung der Ausfuhr und eine Entwicklung der Produktion zu erwarten. Die Lage der industriellen und gewerblichen Produktion könne ohne allzu großen Optimismus als nicht unbefriedigend bezeichnet werden. Im allgemeinen dürfte gehofft werden, sich in einem allerdings sehr ernsten Konkurrenzkampfe auf dem Weltmarkt zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die Stahl- und Eisenindustrie habe im abgelaufenen Jahre einer wesentlichen Aufschwung gegenüber dem Vorjahre erfahren. Der Minister betonte dann die Notwendigkeit einer Revision der Zolltarife. Oesterreich werde über das erforderliche Ausmaß des Zollschutzes nicht hinausgehen, andererseits aber der Erzeugung den Schutz gewähren, der die Entfaltung der eigenen Produktivität gewährleistet. **Die Zollpolitik sei mehr oder weniger freihändlerisch,** da Oesterreich der freien Handelspolitik nicht hinderlich sein dürfe. **Minister** Schürf trat dann für **vollste Verkehrsfreiheit** ein und und erklärte, daß er die Wünsche nach Regelung der Paßvorschriften stets unterstütze.

Ein Antrag auf Ausfuhrzoll für amerikanische Oele.

WTB **London,** 13. Febr. (Drahtbericht.)

Reuter meldet aus Washington: Das republikanische Mitglied des Repräsentantenhauses Rosenbloom hat einen Gesetzesantrag eingebracht, der einen Ausfuhrzoll von 25 Cents für ein Faß Brennöl und von 35 Cents für ein Faß Rohöl vorsieht.

Die Einnahmen der französischen Finanzverwaltung.

WTB **Paris,** 13. Febr. Die Einnahmen der französischen Finanzverwaltung haben sich im Januar insgesamt auf 2 296 064 600 Franken belaufen. Hiervon entfallen auf die außerordentlichen 215 493 200 auf die ordentlichen Einnahmen 2 080 571 400 Franken. Die letzteren weisen eine Erhöhung um 300 184 000 Franken gegenüber dem Januar des Vorjahres auf.

Ein neuer bulgarischer Pumpversuch.

WTB **Paris,** 13. Febr. (Drahtbericht.)

Der ehemalige bulgarische Finanzminister Liatschef und der ehemalige bulgarische Handelsminister Burof, beide Abgeordnete, sowie Direktoren der bulgarischen Dette publique (Staatsbank), die beauftragt sind, in Paris über die Begleichung der Kupons für die bulgarische Staatsanleihe zu verhandeln, sind gestern in Paris eingetroffen.

---

ren u. Arbeitsleistung eintreten. Zu den bekannten Vorgängen am Devisenmarkt erklärte **Dr. Schacht, es müsse von Zeit zu Zeit ein Signal gegeben werden, durch den das Verantwortungsbewußtsein in jedem Einzelnen gestärkt wird.**

Ausgewiesen

WTB **Koblenz,** 14. Febr. (Drahtnachricht.)

Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Ausweisung des Försters Rosel aus Bonn aus dem besetzten Gebiet verfügt, weil dieser nach Beendigung des passiven Widerstandes angeblich versuchte, den interalliierten Forstbehörden Schwierigkeiten zu machen.

Soziales.

Der Schiedsspruch in der Hagener Metallindustrie.

Nach 11stündiger Verhandlung unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Klassen wurde am 12. Februar in Schwerte ein **Schiedsspruch** gefällt, durch welchen die Arbeitszeit auf 57 Stunden wöchentlich festgelegt wurde.

Der gekündigte Rahmenvertrag soll bis zum 31. März weiter laufen und kann von da ab mit vierwöchentlicher Frist zum Monatsschluß gekündigt werden. Die Löhne sind gleichfalls neu geregelt: Der Spitzenlohn des Hülfsarbeiters beträgt 40 Pfg. gegenüber 30 Pfg. bisher, der Spitzenlohn des Facharbeiters 50 Pfg., bisher 43 Pfg. Die Wiedereinstellung der gekündigten Belegschaften soll im möglichst großem Umfange erfolgen. Ueber die Annahme oder Ablehnung des Spruchs haben sich die Parteien bis zum 18. ds. Mts. zu erklären.

Kirchliches.

() **Beuron,** 13. Febr. **Herzog Karl Alexander von Württemberg,** der dritte Sohn des Herzogs Albrecht von Württemberg, hat in der Klosterkirche **die Profeßgelübde** des hl. Benediktus abgelegt.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 15. Febr.

Störung des elektrischen Stromes. Gestern abend kurz nach 11.30 Uhr setzte plötzlich der elektrische Strom aus. Die Störung dauerte bis 1.15 Uhr heute Vormittag. Durch diese Störung wurde auch die Herstellung der Zeitung in empfindlicher Weise getroffen, da diese Störung gerade in die Zeit des Hochbetriebs bei Herstellung der Zeitung fiel, in der im technischen Betriebe auch die letzte Minute ausgenutzt werden muß. Eine Verschiebung in der Zeit des Druckes der Zeitung ist mit Rücksicht auf die Postzüge nicht möglich, da sonst die auswärtigen Leser bei der schlechten Postverbindung die Zeitung nicht erhalten würden. Infolgedessen mußten wir bei der Auswahl der neuesten Nachrichten uns, wenn auch schweren Herzens, sehr beschränken. Die Redaktion.

h. **Aus der Zentrumspartei.** Gestern abend fand eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes und Arbeitsausschusses der Zentrumspartei statt. Redakteur Dr. **Wand** hielt ein klares, tiefschürfendes Referat über die politische Lage, an das sich eine rege Diskussion anschloß. Es wurde beschlossen aus Anlaß des Ruhr-Pfalztages eine **gemeinsame Kundgebung** in Verbindung mit den anderen Parteien zu veranstalten. In der nächsten Woche wird eine Sitzung des Ausschusses der Partei sein, damit alle wichtigen Fragen der Partei erledigt werden können.

§ **Religiös-wissenschaftlicher Vortrag.** Heute, Freitag abend 8 Uhr, ist in der kathol. Pfarrkirche ein religiös-wissenschaftlicher Vortrag. **Jesuitenpater Bönner** aus Düsseldorf behandelt das Thema: **„Das Alter des Menschengeschlechtes in Bibel und Wissenschaften".** Wie alt ist das Menschengeschlecht? Man hat von Millionen Jahren gesprochen. Kann das sein? Wie ist das mit der hl. Schrift zu vereinen und was sagt dazu der Glaube? Der Redner will eine Grenze nach oben und unten abstecken, mit der ernster Wahrheitsdrang sich vorerst begnügen muß. Vor dem Vortrag um einhalbacht Uhr ist Franziscus-Xaverius-Andacht. Der Vortrag ist nach Schluß an den Kirchentüren zum Preise von 2 Pfg. zu kaufen.

* **„Gemeinschaftsaufgaben der deutschen Katholiken in unserer Zeit."** Ueber dieses Thema wird am kommenden Sonntag im hiesigen **Volksverein** Studienrat **Koch** aus Dortmund sprechen. Der weit über die Grenzen des Industriebezirks als glänzender Redner bekannte Herr hat bereits bei einer früheren Gelegenheit hier in Olpe gesprochen und steht bei allen, die ihn gehört haben, in bester Erinnerung. Wir möchten schon jetzt empfehlend auf die Volksvereinsversammlung, die am Sonntag im katholischen Vereinssaale stattfinden wird, hinweisen. Wir Katholiken haben gewiß allen Grund, uns über unsere Aufgaben in gegenwärtiger Zeit volle Klarheit zu verschaffen, und gerade im Volksverein, der alle Stände umfaßt, sollten von Zeit zu Zeit auch **alle Stände** sich zahlreich einfinden, um gemeinsam über katholische Lebensfragen zu sprechen und sich unterrichten zu lassen. Diesem Zweck soll auch die kommende Versammlung dienen. Für die Herren Geschäftsführer und Vertrauensmänner des ganzen Dekanates Olpe wird um 3 Uhr nachm. im kathol. Vereinssaale eine Konferenz stattfinden mit dem Vortrage: „Was werden uns die nächsten Monate bringen?" Die Geschäftsführer und Vertrauensmänner des Volksvereins im Dekanate Olpe werden gebeten, möglichst zahlreich zu erscheinen. Ein recht zahlreicher Besuch wird sicher erwartet.

☛ **Eine Verlängerung der Polizeistunde** in der **Provinz Westfalen** steht für die nächsten Tage in Aussicht und zwar soll die Polizeistunde an Wochentagen bis 12 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen bis 1 Uhr verlängert werden. Darüber hinaus sollen für besondere Veranstaltungen auf Antrag Ausnahmen gestattet werden. Der von andere Seite genannte Termin (15. Februar) ist noch nicht festgelegt.

Provinzielles

!! **Medebach,** 12. Febr. Durch Feuerlärm und die Signale der Feuerwehr wurden früh morgens die Bewohner unseres Städtchens aus der Nachtruhe geschreckt. Die ungefähr einhalb Stunde von hier entfernte **„mittelste Mühle" war ein Flammenmeer.** Wahrscheinlich ist durch irgend eine Selbstzündung das Feuer im Mühlengetriebe ausgebrochen, das an den lagernden Vorräten, dem Schmieröl und den Holzstapeln reichlich Nahrung fand. Bald sprangen die Flammen auch auf das Wohnhaus über, und als die durch einen Reiter alarmierte Feuerwehr auf der Brandstätte gegen 6 Uhr eintraf, war schon fast nichts mehr zu retten. **Mühle und Wohnhaus sind bis auf den Grund niedergebrannt, große Kornvorräte vernichtet.** Der Schaden trifft den Besitzer umso schwerer, da nichts durch Versicherung gedeckt ist. Der so plötzlich verarmten Familie bringt man hier herzliche Teilnahme entgegen, zumal sie die letzten zehn Jahre buchstäblich vom Unglück verfolgt wird. Der älteste Sohn des Besitzers starb während des Krieges an den Folgen eines Unglücksfalles, seine erste Tochter wurde ihm in den blühendsten Jahren entrissen, ein Schwiegersohn wurde vom Pferd so unglücklich geschlagen, daß er an den Folgen starb, ein Enkelkind ertrank im Mühlengraben, kurz, eine Kette von Unglück und Elend, nun ist auch sein Lebenswerk vernichtet.

m. **Hagen,** 14. Febr. (Privatdrahtmeldung.) **Gelegentlich der Abfahrt der argentinischen Auswanderer** am 8. 2. spielten sich **Vorkommnisse auf dem Personenbahnhof Hagen** ab, die geeignet sind, den Betrieb außerordentlich zu hindern und die auch zu einer Gefahr für Leib und Leben der Reisenden und Zuschauer werden konnten. **Vor der Einfahrt der D-Züge mußten die Neugierigen erst aus den Gleisen herangeholt werden.** Der vom Bahnhofsvorstand sofort **eingerichtete Ordnungsdienst erwies sich als völlig machtlos.** Wie groß die Anzahl der **Schaulustigen gewesen ist, geht daraus hervor, daß über 4000 Bahnsteigkarten am traglichen Abend verkauft** wurden. In Zukunft wird die Eisenbahnverwaltung bei in Aussicht stehenden **weiteren Abreisen von Auswanderern nur eine beschränkte Anzahl von Bahnsteigkarten ausgeben, um derartige Vorkommnisse zu verhüten.** Die Eisenbahnverwaltung glaubt, daß dieser Hinweis genügt, um derartige Vorkommnisse in Zukunft auszuschließen.

* **Frankfurt a. M.,** 13. Febr. Der von zahlreichen süddeutschen und westdeutschen Behörden wegen **vieler Kirchen- und Schloßeinbrüche** gesuchte Metzger Friedrich **Dietz** aus Lauffenmühle wurde heute vormittag im Schlachthof, wo er Arbeit gefunden hatte, von der Kriminalpolizei verhaftet. Dietz hatte auch verschiedentlich im Rheinlande Kircheneinbrüche verübt.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. J. Kruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.



Die neuen
Ullstein-Alben
sind heraus! 2000 neue Modelle für Frühjahr und Sommer. Große Preisausschreiben im Damenalbum
J. Lenneberg, Olpe.
Modernes Kaufhaus.

KL
Kaiserhof- Olpe i. Westf. — Lichtspiele Martinstr. 24
Freitag den 15., Samstag, den 16., Sonntag den 17. und Montag, den 18. 2. 24.
Die beiden großen Film-Operetten
„Wenn die Liebe nicht wär'"
Film-Operette in 5 glanzvollen Akten.
Text und Musik von R. Jäger.
Hauptdarsteller: Lotte Werkmeister, Henry Bender, der unstreitig beste Komiker, Karl Harbäcker.
Die entzückenden Gesangschlager werden gesungen von Frl. Gorsey, Sopranistin — Frl. Ravenstein, Altistin H. Fabian, Buffo
begleitet von Kapelle erster Halbe stadt
Prachtvolle Duetts und Gesänge
Humor, Satire, Witz.
Ausserdem
die köstliche Verfilmung der unübertrefflichen Operette
Hannemann, ach Hannemann
Im Rosengarten der Liebe . . . .
Erstklassige Gesangkräfte.
Der unsagbare Zauber dieses Singfilms schafft eine wunderbare Stimmung, welche für Stunden die Schwere der heutigen Zeit vergessen lässt.
Anfang: Freitag, Samstag und Montag abend 8½ Uhr
Sonntag nachmittag 4½ Uhr.
Sonntag abend findet keine Vorführung statt.

Suche für sofort erfahrenes sauberes
Mädchen.
Frau Robert Mertens
Bahnhofswirtschaft,
Olpe. (†)429



Prima Rindfleisch,
½ Pfd 65 Pfg.
Jos. Neuhaus
Olpe
Telefon 40. (†)430

Mehrere gebrauchte und neue
Oefen und kleine lack. Herde
gibt billig ab (†)425
Carl Arndt Olpe



Goldwerte
bietet die neue Staatl. Renten- (Gold) Mark
Klassenlotterie
Ziehung am 7 März 1924
Gesamtgewinne in 5 Kl
19 Millionen R.-M.
Neue Lospreise!
⅛ ¼ ½ ¹/₁ Lose
zu 3 6 12 24 R.-M.
Porto extra!
Pläne gratis.
Sichern Sie sich sofort ein Los, da Losnahme gering und Nachfrage gross ist.
Thurmann,
Staatl. Lotterie-einnehmer, Lippstadt.

Reine
Wollgarnsocken
liefert am billigsten
Strickerei Hecker-Steins, Heinsberg/R. Preisefrei

Kart
Die glückliche Geburt eines kräftigen
Stammhalters
zeigen hocherfreut an
Carl Rottmann u. Frau
Aenne geb. Reinartz
Olpe, den 14. Februar 1924.
(†)428

Bekanntmachung.
Mit Wirkung vom 1. Februar bezw. von der diesem Datum vorangegangenen letzmaligen Ablesung ab wird der Strompreis für niederspannungsseitig versorgte Kraftabnehmer wie folgt berechnet:

bei einer monatlichen Entnahme				
bis	250 Kwstd.	30,0 Pfg.	pro	Kwstd.
„	500 „	28,8 „	„	„
„	1000 „	27,6 „	„	„
„	1500 „	26,4 „	„	„
„	2000 „	25,2 „	„	„
„	3000 „	24,0 „	„	„
über	3000 „	22,5 „	„	„

Siegen, den 13. Februar 1924.
Elektrizitätswerk Siegerland
(†)426 **G. m. b. H.**

Künstliche Haararbeiten
wie Uhrketten, Broschen, Blumen, Flechten 2c. erhält man in bester Ausführung bei
Gebr. Clemens, Olpe, Martinstraße 18.



F. A. Aßmann, Bonzel
b. Grevenbrück,
empfiehlt
Garten-, Gemüse-, Blumensamen, Bohnen, Erbsen
in reicher Auswahl
Pflanzzwiebeln, Vogelfutter
zu Friedenspreisen mit Ausnahme Stangen u. Krupbohnen, (weil Missernte) erhöhte Preise. Persönliche Einkäufe angenehm Aufträge werden sofort u. zu jeder Tageszeit ausgeführt (†)427



Suche für sofort oder später ein
Mädchen
nicht unter 17 Jahren, die melken kann. Landwirtstochter bevorzugt. Allerbeste Behandlung wird zugesichert.
Franz Blöink, Gutsverwalter, in Pernze b. Wiedenest, Rhld.

Kaufe laufend
Grubenhölzer
aller Dimensionen oder dazu passende
Waldbestände.
Hub. Reuter
Lichtringhausen-Attendorn.
(295) — Fernruf 181. —

Margarine.
Eine der größten Werke sucht für Olpe und Umgegend einen bei der einschlägigen Kundschaft bestens eingeführten
Vertreter.
Gefl. Angebote u. F. B. 3911 an (†)404
G. Geertens, Ann.-Exp., Hagen i. W.